

# Märkische Allgemeine

## Der Havelländer

Dienstag, 13. April 2021 | NAU - A 09386

PARTNER IM REDAKTIONSNETZWERK DEUTSCHLAND #RND

Nr. 85 | 15. Woche | 76. Jahrgang | 1,90 €

### Fußball-Legende in der DDR



Rekordspieler Joachim Streich feiert heute seinen 70. Geburtstag  
**Seite 19**

## MAZ

THEMEN DES TAGES

### NAUEN

#### Hybrid-Solarpark soll entstehen

Einen Hybrid-Solarpark will die Firma Vattenfall in Nauen nahe der ehemaligen Zuckerfabrik errichten. Dabei soll auch eine Speicherbatterie installiert werden. Der geplante Standort ist allerdings umstritten. **Seite 13**

### FALKENSEE

#### 65-Jährige hofft auf Impftermin mit AstraZeneca

Eher heute als morgen will sich Rosemarie Ebeling (65) gegen Corona impfen lassen. Gern mit dem AstraZeneca-Impfstoff, der für große Teile der Bevölkerung derzeit ausgesetzt ist. Doch ihr Wunsch scheint aktuell aussichtslos. **Seite 15**

### POLITIK

#### Linken-Spitze geht auf Distanz zu Wagenknecht

Die neuen Vorsitzenden der Linken, Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow, haben sich angesichts des neuen Buches der Ex-Fraktionsvorsitzenden Sahra Wagenknecht klar von ihr distanziert, ohne sie offen zu kritisieren. **Seite 4**

### WIRTSCHAFT

#### Berechnungen zum künftigen Gasbedarf sind umstritten

Nord Stream 2 ist kaum von Außen- und Geopolitik zu trennen. Was, wenn man es trotzdem versucht? Brauchen wir das Erdgas? Hier kommt wiederum die Klimapolitik ins Spiel. **Seite 9**

### KULTUR

#### Lebensgeschichte eines Selfmade-Millionärs

Der hessische Schlosser Oliver Kreider beschreibt in seinem autobiografischen Buch, wie er in den neuen Bundesländern mit Auto- und Immobiliengeschäften zum Multimillionär und „Sonnenkönig von Radebeul“ wurde. **Seite 10**

### PANORAMA

#### Verstrahltes Kühlwasser soll ins Meer vor Japan

Zehn Jahre nach dem Atom-Gau von Fukushima hat die japanische Regierung beschlossen, kontaminiertes Kühlwasser in den Ozean zu lassen. Der Aufschrei ist groß. **Seite 24**

### HAVELLANDWETTER



**Redaktion** 0331 | 2840-0  
**Vertrieb** 0331 | 2840377  
**Anzeigen** 0331 | 2840366  
**AboPlus-Service** 0331 | 2840355  
**E-Mail** kontakt@MAZ-online.de  
**www** MAZ-online.de

**f** @MAZonline **t** @MAZ\_online



## Aufatmen in Nauen

Der Kreisverband der Volkssolidarität hat das Insolvenzverfahren gut überstanden. Darüber freut sich auch Geschäftsführerin Andrea Merda-Piehl. **Seite 13**

FOTO: DANILO HAFER

## Corona-Schnelltests in Firmen sollen Pflicht werden

DGB lobt geplante Vorschrift – Unternehmen befürchten Bürokratie

Von Ulrich Wangemann

**Potsdam.** Eine bundesweite Pflicht zur Bereitstellung von Corona-Schnelltests in Unternehmen könnte schon heute im Bundeskabinett beschlossen werden. Nach einem Vorstoß von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) sollen Firmen ihren Angestellten einmal pro Woche einen Corona-Test anbieten, Mitarbeitern mit Publikumsverkehr oder Kontakt zu Lebensmitteln sogar zweimal in der Woche. Das berichtet das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Betroffen sind Angestellte, die nicht im Homeoffice arbeiten. Laut „Spiegel“ hat Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) seinen Widerstand gegen die Testpflicht trotz anhaltender Kritik aus Unternehmensverbänden aufgegeben.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) begrüßt die Initiative. „Es ist notwendig, das Testen verbindlicher zu regeln – Selbstverpflichtungen der Unternehmen sind als Instrument nicht scharf genug“, sagte Christian Hossbach, DGB-Vorsitzender des Bezirks Berlin-Brandenburg. Tests anzubieten, sei ebenso Aufgabe der Unternehmen im Sinne des Arbeitsschutzes wie



Von den Kosten her ist eine Testpflicht nicht der Untergang des Abendlandes.

**Christian Hossbach,**  
DGB Berlin-Brandenburg

die Beschaffung guter Bürostühle oder von Arbeitshandschuhen, so Hossbach. Von den Kosten her sei eine Testpflicht „nicht der Untergang des Abendlandes“, sagte der DGB-Chef. Werksschließungen und Produktionsausfälle seien viel kostspieliger.

Derzeit müssen laut Brandenburger Corona-Eindämmungsverordnung Arbeitgeber sicherstellen, dass sich Angestellte einmal pro Woche testen lassen können. Die Regelung ist aber weich. Danach können Betriebe ihren Beschäftigten etwa Tests auf dem Weg zur Arbeit in Apotheken erlauben oder Selbsttests an Mitarbeiter verteilen. Die Heil'sche Neufassung soll aller Wahrscheinlichkeit nach schärfer ausfallen: Getestet werden soll dann am Arbeitsplatz, vermutlich unter Aufsicht. Berlin hat bereits strengere Auflagen erlassen, dort müssen zwei Antigen-Tests pro Woche bereitstehen.

Widerstand kommt weiterhin aus der Wirtschaft. „Wir wissen aus aktuellen Befragungen, dass 80 bis 90 Prozent der Unternehmen ihren Beschäftigten bereits regelmäßige Tests anbieten oder dies in naher Zukunft planen“, sagt Christian Amsinck, Hauptgeschäftsführer der

Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg (UVB). Das Prinzip Freiwilligkeit funktioniere, deshalb bräuchten die Firmen „keine Nachhilfe von der Politik“. Schnell- und Selbsttests seien oft nicht in ausreichender Zahl verfügbar.

Eine Testpflicht werde enorme Kosten für die ohnehin schwer angeschlagene Wirtschaft bedeuten. Zudem könnten die innerbetrieblichen Tests „zu noch mehr Kontakten und damit Infektionsketten führen“, so Amsinck.

Der UVB-Geschäftsführer erwartet Unterstützung aus der Politik: „Wer bestellt, bezahlt auch – dieses Prinzip muss auch hier gelten.“

Die Industrie- und Handelskammer (IHK) Potsdam empfiehlt in einer Stellungnahme allen Unternehmen, die Belegschaften regelmäßig zu testen. „Eine Testpflicht könne aber „nur eingeführt werden, wenn der Staat dafür finanziell und personell die Voraussetzungen schafft“, so IHK-Präsident Peter Heydenbluth. Impfen sei aber wichtiger als Testen. Er erwarte „endlich bundeseinheitliche und transparente Regelungen, und sicherlich auch Abwägungen zu Sonderrechten für Getestete und Geimpfte.“ **Seite 7**

## Stübgen unterstützt Laschet

Brandenburger CDU uneins über Unions-Kanzlerkandidaten – Tiemann ist für Söder

**Potsdam/Berlin.** In der Union ist ein offener Machtkampf um die Kanzlerkandidatur entbrannt. CDU-Chef Armin Laschet und der CSU-Vorsitzende Markus Söder haben beide ihre Ambitionen auf das Kanzleramt erklärt. Sie erhielten gestern jeweils die Rückendeckung der Spitzengremien ihrer Parteien. Präsidium und Bundesvorstand der CDU unterstützten einhellig Laschet. „Das Meinungsbild im Präsidium als auch im Bundesvorstand ist eindeutig“, sagte CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak nach den Sitzungen.

Wenig später sprach sich das Präsidium der CSU für Söder aus. Der verwies auf Umragerwerte sowohl für die Union als auch für sich selbst. Man könne sich nicht abkoppeln von der Mehrheit der Bevölkerung. „Personen spielen nun mal eine zentrale Rolle“, sagte Söder. Es gebe noch „viel Diskussionsbewegung“, unter anderem in der Bundestagsfraktion von CDU und CSU. Da gelte es, in den nächsten Tagen „hineinzuhorchen“, sagte er und deutete an, dass ein freiwilliger Verzicht für ihn zunächst nicht infrage kommt.

Auch in der CDU Brandenburg gibt es unterschiedliche Präferenzen. Der Landesvorsitzende und Innenminister Michael Stübgen sprach sich für Armin Laschet aus. Es sei gut, dass Laschet als Vorsitzender der CDU bereit sei, auch als Kanzlerkandidat Verantwortung zu übernehmen.

**CDU-Landes-**  
**chef Michael**  
**Stübgen.**  
FOTO: STACHE



Dagegen positionierte sich die CDU-Bundestagsabgeordnete Dietlind Tiemann aus Brandenburg/Havel für Markus Söder. Dieser habe als Kanzlerkandidat bessere Chancen. Auch die Berliner CDU sprach sich für Söder aus. „Markus Söder ist der zupackende, erfolgreiche Krisenmanager, der Deutschland aus der Pandemie führen und das Land zukunftsfest machen kann“, sagte der Landesvorsitzende Kai Wegner. **igo Seiten 2,3**

## Kritik an der Baupolitik in Elstal

**Elstal.** Wegen der zu rasanten Bebauung verliert der Wustermarker Ortsteil Elstal den Charme, den es für die dort lebende Bevölkerung ausmacht. Das sagen die Wustermarker Linken und kritisieren in erster Linie die Gemeindeverwaltung. Auch die Bürgerbeteiligung sei nicht ausreichend. Wustermarks Bürgermeister Holger Schreiber hält dagegen. Er könne die Entwicklung des Charmes von 1990 bis heute als grundsätzlich positiv einschätzen. **Seite 18**

## Einigung auf Öko-Anteil bei Agrarreform

**Berlin.** Umwelt- und Agrarministerium haben sich nach monatelangem Ringen auf die künftige Verteilung der EU-Agrargelder in Deutschland geeinigt. Wie das Bundeslandwirtschaftsministerium gestern mitteilte, ist die Resortabstimmung zu den Gesetzentwürfen abgeschlossen. Heute sollen die Entwürfe im Kabinett beschlossen werden. Bauern, die umweltfreundliche Maßnahmen ergreifen, sollen künftig stärker belohnt werden. **Seiten 2, 5**

## Mehr digitale Angebote fürs Gedenken

**Potsdam.** Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten setzt in Zeiten der Corona-Pandemie verstärkt auf Digitalisierung und Erinnerungsarbeit im Internet. Die digitale Debatte habe sich radikalisiert, da müsse etwas dagegen gesetzt werden, sagte Wissenschaftsministerin Manja Schüle (SPD). Antisemitismus sei kein abgeschlossenes Kapitel aus dem Geschichtsunterricht, und antijüdische Hetze gebe es nach wie vor auch online. **Seite 8**